
Vorlage Nr. 2017/047

STADTKÄMMEREI

Balingen, 07.02.2017

Vorlage zur Behandlung in folgenden Gremien:

Gemeinderat

öffentlich

am 21.02.2017

Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt

**Finanzbericht zum Haushaltsjahr 2016;
Stand 31.12.2016**

Anlagen

1

Sachverhalt:

I. Entwicklung der Finanz- und Haushaltslage im Jahr 2016

1. Vorbemerkung

- a) Bei der Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2016 wurden bei den Steuerzuweisungen und den FAG-Zuweisungen jeweils die Orientierungsdaten des Haushaltserlasses des Innen- und Finanzministeriums zu Grunde gelegt. Nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung 2016 waren für das Haushaltsjahr bei den Einkommensteueranteilen sowie den Umsatzsteueranteilen keine größeren Abweichungen prognostiziert. Dagegen waren Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen von rund 1,0 Mio. € zu erwarten.
- b) Die Haushaltsentwicklung wird an Hand der Ist-Zahlen - Stand 31.12. - aufgezeigt. Diese Datenbasis liegt auch den Landes- und Bundesstatistiken zu Grunde. Zwecks einer Vergleichbarkeit wurden auch die Ist-Zahlen der beiden Vorjahre, jeweils Stand 31.12, aufgeführt. Die Gesamtübersicht ist als Anlage 1 beigefügt.

2. Die wichtigsten Entwicklungen im Verwaltungshaushalt

a) Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen haben in der Summe die Erwartungen nicht erreicht. Insbesondere die Gewerbesteuer schließt netto (nach Gegenrechnung der Gewerbesteuerumlage) mit Ist-Einnahmen von 16,871 Mio. € gegenüber dem erwarteten Plansaldo von 17,663 Mio. € ab. Das Sollergebnis (brutto) liegt mit 20,791 Mio. € rund 1,2 Mio. € unter dem Planansatz von 22,0 Mio. € Grund hierfür ist eine hohe Gewerbesteuerrückzahlung zum Jahresende. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liegt mit Ist-Einnahmen in Höhe von 17,061 Mio. € nur leicht über der Planung. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer liegt mit einem Betrag von 2,247 Mio. € im Bereich der Planung.

b) Finanzausgleich

Die Auszahlungen bei den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und der kommunalen Investitionspauschale liegen mit Ist-Einnahmen von 12,866 Mio. € deutlich über dem Planansatz (11,818 Mio. €). Ausschlaggebend hierfür waren die Erhöhungen des Grundkopfbetrages um 25 € je Einwohner bei den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft sowie die Anhebung der Kommunalen Investitionspauschale je Einwohner in der 4. Teilzahlung FAG 2016.

Die sonstigen allgemeinen Zuweisungen verliefen planmäßig.

c) Gebühren/Entgelte

Die Ist- Einnahmen zum Stichtag weichen vom Planansatz (8,511 Mio. €) um rund 1,074 Mio. € ab. Das Laufende Soll der Jahresrechnung dürfte sich allerdings nur um rund 300 T € gegenüber der Planansätze verbessern. Die Abweichung hat ihre Hauptursache in höheren Kasseneinnahmeresten aus dem Vorjahr bei der Verrechnung der Abwassergebühren mit den Stadtwerken. Sowohl auf Jahresrechnung als auch Gebührenkalkulation hat dies aber keinen Einfluss.

d) Personalausgaben

Der Personalkostenansatz in Höhe von 22,143 Mio. € wird eingehalten. Die Ist-Ausgaben liegen bei 21,885 Mio. €. Das Sollergebnis in der Jahresrechnung wird sich durch die notwendige Bildung eines Haushaltsausgaberesstes noch leicht erhöhen.

e) Unterhaltung

Die Kosten für die Gebäudeunterhaltung liegen leicht über dem Planansatz. Die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens bewegt sich deutlicher unter dem Bereich des geplanten. Nicht in Anspruch genommene Mittel werden jedoch teilweise noch per Haushaltsrest in das Jahr 2017 übertragen.

f) Bewirtschaftung

Die Kosten für die Bewirtschaftung liegen im Augenblick rund 0,3 Mio. € unter dem Planungsrahmen. Unter Berücksichtigung der teilweise noch zu erwartenden Jahresendeschlussrechnungen für Strom, Wasser, Gas und Dergleichen kann sich das spätere Sollergebnis noch verändern.

g) Zinsausgaben

Das Soll-Ergebnis liegt mit insgesamt 0,854 Mio. € ca. 95 T € unter dem Planansatz. Grund hierfür sind die geplanten, jedoch nicht erfolgten Kreditaufnahmen des Haushaltsjahres 2016.

3. Die wichtigsten Entwicklungen im Vermögenshaushalt

a) Investitionszuschüsse

Der Planansatz 2017 enthält Mittel aus verschiedenen Bundes- und Landesprogrammen in den Bereichen Feuerwehrwesen, Schulbau, Kindertagesstätten, Städte- und Straßenbau. Die Mittel können entsprechend dem Baufortschritt und den Bauausgaben abgerufen werden. Verfahrensbedingt können sich im Einzelfalle mehr oder minder lange Zeitfenster zwischen Einnahmen und Ausgaben einer Maßnahme ergeben. Im Augenblick liegen die Ist-Einnahmen noch deutlich hinter dem Planansatz zurück.

b) Veräußerungserlöse

Der Planansatz von insgesamt 4,350 Mio. € besteht im Wesentlichen aus dem Verkauf von Bauplätzen (Gewerbe und Wohnbau). Das Ergebnis liegt mit 2,522 Mio. € unter den Erwartungen. Eine wesentliche Ursache liegt in der Nichtveräußerung eines größeren Baugrundstückes, eine andere bei Verzögerungen im allgemeinen Baulandverkauf.

c) Erschließungsbeiträge

Der Planansatz von insgesamt 2,182 Mio. € war zum 30.09.16 bereits nahezu erreicht. Zum 31.12.2016 ergeben sich Mehreinnahmen von rund 0,7 Mio. €. Diese hängen zum Teil mit internen Beitragsverrechnungen zusammen (vgl. auch Mehrausgaben Grunderwerb).

d) Sachinvestitionen

Bei den Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken ergaben sich Mehrausgaben von rund 190 T €. Der Planansatz lag bei 860 T €. Gründe hierfür sind Beitragsverrechnungen sowie der Kauf von diversen Flächen für neue Bebauungsgebiete.

Beim Erwerb von beweglichem Vermögen wurden die Ansätze nicht vollständig in Anspruch genommen. Teilweise wurden die nicht durchgeführten Beschaffungen im Jahr 2017 neu veranschlagt.

Den Ansätzen für die Bauausgaben (insgesamt 12,992 Mio. € für Hoch- und Tiefbau) stehen derzeit Ist-Ausgaben in Höhe von rund 9,531 Mio. € gegenüber. Bei den Hochbaumaßnahmen sind von den veranschlagten 4,880 Mio. € und den aus den Vorjahren übertragenen Haushaltsausgaberesten in Höhe von 0,667 Mio. € insgesamt 4,273 Mio. € abgeflossen, beim Tiefbau von den veranschlagten 8,113 Mio. € und 2,232 Mio. € übertragenen Ausgaberesten insgesamt 5,258 Mio. €. Weitere Aufträge sind bereits vergeben und damit entsprechende Planmittel gebunden, was wiederum zur Neubildung von entsprechenden Haushaltsausgaberesten führt.

4. Finanzlage

Die im Haushaltsplan 2016 veranschlagte Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt wird voraussichtlich übertroffen. Die Mehreinnahmen werden allerdings dringend zur Deckung der Mindereinnahmen im Vermögenshaushalt und zur Finanzierung notwendiger Haushaltsausgabereste benötigt. Aufgrund einer konstanten Liquidität konnte im Jahr 2016 auf eine Kreditaufnahme verzichtet werden. Die hierdurch entstehende Finanzierungslücke im Vermögenshaushalt wird voraussichtlich durch neu zu bildende Haushaltseinnahmereste aus Kreditermächtigungen gedeckt werden müssen.

Der Schuldenstand zum Jahresende liegt bei 23,509 Mio. €.

Jürgen Eberle